

# INTERESSE

## Wege zu einer egalitären Gesellschaft in Österreich

**Vermögen ist in Österreich stark konzentriert – das zeigt eine neue Studie im Rahmen des Sozialberichtes 2024 des Sozialministeriums. Wie kann man der damit einhergehenden Ungleichheit begegnen? Die beiden Experten der Nationalbank Martin Schürz und Pirmin Fessler analysieren im Sozialbericht die neuesten Daten und schlagen eine Besteuerung von Bodenrenten, Erbschaften und Vermögen vor.**

Originaltext von Daniel Situm (siehe Quelle)  
bearbeitet von Eva Bauernfeind-Schimek

In Österreich gibt es über 300.000 Millionärshaushalte und ein paar Dutzend Milliarden:innen. Laut Schätzungen auf Basis des Household Finance and Consumption Survey (HFCS) der Oesterreichischen Nationalbank besitzen die reichsten 10 % weit über 50 % des gesamten Nettovermögens, die ärmsten 50 % besitzen hingegen nur 4,6 %. Die Gruppe, die sowohl bei den Vermögen als auch bei den Einkommen zur unteren Hälfte gehört und stark vom Sozialstaat abhängig ist, macht fast ein Drittel der Bevölkerung aus. Da diese Personen weniger an politischen Prozessen teilhaben, sprechen die Studienautoren von einem „unsichtbaren Drittel“. Auch an der Spitze der Verteilung gibt es eine nahezu unsichtbare Gruppe, denn vermögende Haushalte lehnen meist eine Offenlegung ihrer Vermögenswerte ab. Eine Erfassung und Zuordnung der Kapitaleinkommen sowie ein Vermögensregister wären jedoch eine notwendige Basis für eine sachliche Auseinandersetzung.

### Reichtum befeuert gesellschaftliche Schiefen

Die Studie geht auch auf die besonderen Zusammenhänge zwischen Ver-

mögen und Macht ein. Privateigentum bedeutet Kontrolle und die Möglichkeit andere auszuschließen. Während Armut laut den Autoren eben nur diejenigen betrifft, die arm sind, wirkt



sich „übermäßiger“ Reichtum auch auf andere aus. Das umfasst den Ausschluss von Bodennutzung, Beeinträchtigungen der Demokratie durch ungleiche Machtverteilung (z.B. Einfluss auf politische Entscheidungen und Medien) oder eine Verzerrung des Wettbewerbs durch Konzentration von Vermögen. Die Benachteiligung weiter Teile der Gesellschaft durch das Eigentum anderer sind vielfältig. Beispiele sind ungenutzte Autos in Städten, die öffentlichen Raum einnehmen, sowie Umweltprobleme

durch Zersiedelung und Bodenversiegelung. Land und Boden sind begrenzte Ressourcen und sowohl aus ökologischer als auch sozialer Sicht von zentraler Bedeutung. Die Zersiedelung und der damit verbundene Mangel an kompakteren Wohnformen treiben oft die Mietpreise in die Höhe; Subventionen, die dem Umweltschutz dienen sollten, haben häufig einen fragwürdigen Effekt: Während viele Familien zur Miete in Wohnungen leben, fließen Umweltförderungen an kleinere Haushalte (häufig Personen, die nicht mehr mit ihren Kindern zusammenleben) in Einfamilienhäusern.

Darüber hinaus wird das Geld der Allgemeinheit zum Infrastrukturausbau genutzt – die öffentlich finanzierte Errichtung einer Straße kann den Wert einer Immobilie erhöhen, von der steigenden Bodenrente profitieren allerdings die Eigentümer:innen.

### Finanzierung gesellschaftlicher Herausforderungen

Die Autoren der Studie kommen zu dem Schluss, dass neben anderen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Krisen nicht nur die soziale Ungleichheit,

# Wege zu einer egalitären Gesellschaft in Österreich

Fortsetzung von Seite 1

sondern auch der Klimawandel eine immense Herausforderung darstellt. Die Umstellung auf eine klimafreundlichere Wirtschaft ist mit erheblichen Kosten verbunden. Zur Zielerreichung müsste das Steuersystem so reformiert werden, dass es stärker auf das Prinzip der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit abgestimmt ist und gleichzeitig einen ressourcenschonenden Umgang insbesondere mit Grund und Boden fördert. Die Befragung im Rahmen der HFCS zeigt, dass sich die Menschen über Einkommens- und Vermögensgruppen hinweg am ehesten eine Besteuerung von Vermögen (45,1 %) und umweltschädigendem Verhalten (33,9 %) wünschen. Steuern auf Konsum (2,7 %) und Arbeit (1,6 %) – auf die das österreichische Steuersystem vor allem setzt – wurden weitestgehend abgelehnt. Auf Basis dieser Erkenntnisse schlagen die beiden Autoren insgesamt drei Maßnahmen zur Besteuerung von Vermögen vor: Besteuerung der Bodenrente, eine Erbschaftssteuer und eine Steuer auf das Nettovermögen. Diese Steuern würden sich in ihren Funktionen und Zielen ergänzen und sollten nicht unabhängig voneinander eingeführt werden.

## Besteuerung der Bodenrente

Eine Besteuerung der Bodenrente ist in der Ökonomie kein neues Thema. In Österreich gibt es schon seit langer Zeit eine Grundsteuer, ihr Aufkommen ist allerdings gering und betrug 2021 insgesamt 760 Mio. Euro. Das geringe Steueraufkommen ist die Folge der Bewertung der Grundstücke mit Einheitswerten, die weit weg vom tatsächlichen Marktwert der Grundstücke liegen. Die Bewertung von Grundstücken ist komplex, was auch historisch ein Grund dafür war, warum häufig auf Steuern beim Erwerb von Immobilien ausgewichen wurde. In der heutigen Zeit wäre eine solche Bewertung jedoch sinnvoll administrier- und umsetzbar. Die Bodenrentenbesteu-

erung zielt auf eine gerechte Verteilung von Wertsteigerungen des Vermögensbestands ab, die durch öffentliche Investitionen und somit aus Mitteln der Allgemeinheit entstehen. Das Steueraufkommen durch eine Bodenrentenbesteuerung könnte wiederum in Infrastruktur investiert werden (z.B. in den Ausbau des öffentlichen Verkehrs), wodurch Grundstücke in weiterer Folge aufgewertet werden und die Allgemeinheit gleichzeitig etwas zurückbekommt. Die Besteuerung der Bodenrente könnte spekulativen Landkäufen entgegenwirken, die in vielen Städten zu einer Verknappung und Verteuerung des Wohnraums führen, und könnte somit für eine nachhaltigere Landnutzung sorgen. Ein großer Vorteil einer Bodenwertbesteuerung ist, dass sie nicht umgangen werden kann. Folglich sind sinkende Grundstückspreise zu erwarten, was bedeutet, dass Haushalte weniger Mittel zum Erwerb von Grundstücken benötigen bzw. fallende Mieten zu erwarten sind. Die Bewertung der Grundstücke sollte in regelmäßigen Abständen erfolgen.

## Erbschaftssteuer

Die Autoren schildern, dass in früheren Generationen akkumuliertes, vererbtes Vermögen relativ zu dem im eigenen Leben erarbeiteten Einkommen an Bedeutung zunimmt. Der Stellenwert von Erwerbsarbeit verliert somit an Bedeutung. Deswegen wird in der Studie zusätzlich zur Bodenrente eine Erbschaftssteuer vorgeschlagen. Eine Erbschaftssteuer stärkt die soziale Mobilität und Chancengleichheit und vermindert die Zunahme der Vermögenskonzentration. Um effektiv zu sein, sollte eine Erbschaftssteuer bereits ab einer Bagatellgrenze einsetzen und alle Vermögensbestandteile einbeziehen. Eine Steuerbefreiung für Betriebsvermögen sollte es aus Sicht der Autoren nicht geben, denn Ausnahmen würden Steuerschlupflöcher ermöglichen. Eine progressiv ausge-

staltete Steuer, die mit niedrigen Sätzen bei kleinen Erbschaften beginnt und mit hohen Steuersätzen bei großen Erbschaften endet, kann in Österreich ein Aufkommen von mehreren Milliarden Euro pro Jahr generieren.

## Nettovermögenssteuer

Laut der Studie ist eine Steuer auf sehr hohe Nettovermögen entscheidend, um einer übermäßigen Konzentration von Vermögen und Macht entgegenzuwirken. Eine Steuer auf das Nettovermögen wäre jährlich zu entrichten und hat das gesamte persönliche Nettovermögen als Steuergrundlage. Laut Berechnungen der Ökonomen Saez und Zucman bringt eine Vermögenssteuer auf das reichste Prozent der Haushalte (je Prozentpunkt Steuersatz) circa ein Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung an Steueraufkommen. In der Studie wird herausgearbeitet, dass eine Vermögenssteuer substanziell und progressiv ausgestaltet werden, einen hohen Freibetrag aufweisen, eine breite Bemessungsgrundlage haben und möglichst ohne Ausnahmen sein sollte. Dem Gegenargument der administrativen Kosten kann entgegengesetzt werden, dass die Kosten lediglich bei einem Bruchteil der Steuereinnahmen liegen würden. Zur Bewältigung von Vermögenskonzentration werden viele unterschiedliche Maßnahmen benötigt. Die Ergebnisse der beiden Autoren sind eine gute Grundlage, um den Diskurs betreffend Vermögensungleichheit und entgegenwirkenden Maßnahmen in Österreich voranzubringen.

*Quelle: Daniel Situm, MSc, Referent Abteilung für Grundsatzfragen und Forschungsangelegenheiten im Sozialministerium.: Sozialbericht 2024: Privateigentum und Zugang zu Ressourcen: Wege zu einer egalitären Gesellschaft in Österreich. <https://www.awblog.at/Verteilung/Sozial-bericht-2024-Privateigentum-und-Zugang-zu-Ressourcen-W>*

# Freiwilliges Engagement – Wirkungen und Trends

**In Österreich engagieren sich 3,7 Millionen Menschen freiwillig, das ist knapp die Hälfte (49,4 %) der Bevölkerung ab 15 Jahren (BMSGPK 2022).**

*Mag.<sup>a</sup> Eva More-Hollerweger, Wirtschaftsuniversität Wien*

Freiwillige sind in unterschiedlichsten Tätigkeitsfeldern aktiv, bspw. im Bereich Sport und Bewegung, im Bereich Kunst, Kultur und Unterhaltung, bei Rettungs- und Katastrophendiensten, im Bereich Religion und Kirche und noch in vielen anderen Bereichen. Sie tun dies in Organisationen, dann spricht man von formeller Freiwilligenarbeit, oder unmittelbar für private Leistungsempfänger:innen, etwa im Rahmen der Nachbarschaftshilfe, die auch als informelle Freiwilligentätigkeit bezeichnet wird.

## Was ist das Besondere an freiwilligem Engagement?

Freiwilliges Engagement umfasst laut Definition des Freiwilligenberichts Tätigkeiten, „die zum Zweck der Förderung der Allgemeinheit oder aus vorwiegend sozialen Motiven außerhalb des eigenen Haushalts erbracht werden (...)“ (BMSGPK 2022: 13). Damit unterscheidet sich freiwilliges Engagement von Erwerbsarbeit sowie von unbezahlter Haus- und Familienarbeit. Freiwilliges Engagement ist also eine Form der Freizeitbeschäftigung, die per Definition immer auch anderen zugute kommt und nicht nur der ausübenden Person selbst. In der Forschungsliteratur werden verschiedenste Wirkungen von Freiwilligenarbeit diskutiert. Unter soziale Wirkungen fallen bsw. all jene Effekte, die zur Inklusion von Menschen in die Gesellschaft beitragen. Diese Wirkungen können für die Empfänger:innen von freiwillig erbrachten Leistungen, aber auch für die Freiwilligen selbst entstehen. Für viele Menschen ist freiwilliges Engagement eine Möglichkeit, Einblicke in andere Lebensbereiche und zusätzliche Kompetenzen zu erlangen bzw. sich für ein bestimmtes Thema einzusetzen. Damit hat freiwilliges Engagement auch eine wichtige politische Komponente, selbst wenn es nicht per se politisch ist. Nicht zuletzt hat es auch wichtige öko-

nomische Wirkungen, weil durch das Engagement zusätzliche Leistungen in verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen, wie Kultur, Sport, Soziales etc. erbracht werden, die sonst nicht verfügbar wären.

## Wer engagiert sich?

Freiwillig Engagierte finden sich in allen Bevölkerungsgruppen, allerdings zeigt sich, dass die Beteiligungsquote, also der Anteil der Bevölkerung, der sich engagiert, je nach Bevölkerungsgruppe, der sich engagiert. Die Beteiligungsquote von Frauen liegt in Summe mit 46,5 % unter jener der Männer (52,4 %), allerdings gibt es Tätigkeitsbereiche, für die das nicht zutrifft, etwa der Bereich Religion und Kirche. Hier ist der Frauenanteil deutlich höher. In Bezug auf das Alter steigt die Beteiligungsquote von 49,4 % bei den unter 30-Jährigen bis 55,1 % bei den 50 bis 59-Jährigen, danach nimmt sie wieder kontinuierlich ab. Bei den über 80-Jährigen engagiert sich aber immer noch etwa ein Viertel. Die Beteiligungsquote sinkt mit zunehmender Bevölkerungsdichte. In Wien ist die Beteiligungsquote mit 41,6 % am geringsten, in Tirol (54,5 %) am höchsten. Neben regionalen Einflussfaktoren spielen auch soziale Aspekte eine Rolle dabei, ob sich jemand freiwillig engagiert. Grundsätzlich beteiligen sich besser gebildete und sozial stärker eingebundene Menschen zu einem höheren Anteil. Soziale Muster spiegeln sich also auch in der Freiwilligenarbeit wider. Die Integration von sozial benachteiligten Menschen durch Freiwilligenarbeit ist demnach kein Automatismus, sondern nur dann erfolgreich, wenn Organisationen diesbezüglich explizit Maßnahmen setzen (More-Hollerweger et al. 2022).

## Welche Trends sind zu beobachten?

Daten zum freiwilligen Engagement

werden in Österreich seit 2006 systematisch erhoben. Die Ergebnisse von bislang vier Erhebungen zeigen, dass die Beteiligungsquote tendenziell etwas steigt, von 44,0 % im Jahr 2006 auf 49,4 % im Jahr 2022. Allerdings verändert sich das Verhältnis zwischen informeller und formeller Freiwilligenarbeit. Die Beteiligung an der formellen Freiwilligenarbeit war mit 25,8 % im Jahr 2022 am geringsten und im Jahr 2016 mit 31,0 % am höchsten. Im Jahr 2022 war hingegen die Beteiligung an der informellen Freiwilligenarbeit mit 36,7 % am höchsten, was eventuell noch eine Folgewirkung der COVID-19-Pandemie darstellt (BMSGPK 2022). Bereits vor der Pandemie zeigte sich jedoch, dass viele – auch etablierte – Organisationen durchaus Schwierigkeiten hatten, Freiwillige zu halten und neue zu gewinnen. Generell sind Menschen nicht mehr so stark bereit, sich langfristig an Organisationen zu binden, sondern übernehmen lieber befristete Tätigkeiten, angepasst an ihre jeweilige Lebensphase. Neue Möglichkeiten eröffnen auch technologische Entwicklungen, etwa Formen des digitalen bzw. digital unterstützten Engagements. Die Grenze zwischen formeller und informeller Freiwilligenarbeit wird durch die Verfügbarkeit von Plattformen und Apps durchlässiger. Diese Tools können die Nachfrage nach und das Angebot an Unterstützung sichtbar machen, auch ohne zwischengeschaltete Organisation. Die Bereitschaft, sich zu engagieren, ist demnach hoch, die Art des Engagements verändert sich aber. Für Organisationen ist es wichtig, die Möglichkeiten, sich zu engagieren entsprechend anzupassen, um diesen Änderungen Rechnung zu tragen.

Quellen:



# Braucht es den öffentlichen Rundfunk überhaupt noch?

**Bevor man sich hier in eine aktuelle Debatte einbringt, zahlt sich ein Blick in die Vergangenheit aus. Es gab 1945 gute Gründe ein öffentlich-rechtliches Modell wie die British Broadcasting Corporation (BBC) auf Deutschland umzulegen.**

Wie auch in der Ostmark verfügte das massenmörderische Dritte Reich zuvor über eine absolute Medienbeherrschung (Gleichschaltung) über Zeitungen und den Rundfunk. Deshalb wurden nach dem Krieg hierzulande Radioprogramme von den vier Besatzungsmächten gesendet, kurz nach Staatsvertragsunterzeichnung 1955 kam es erst zur Gründung der Österreichischen Rundfunk-GesmbH, dem Vorgänger des ORF. Nach dem Rundfunkvolksbegehren 1964 wurde der ORF in eine Anstalt öffentlichen Rechts überführt und schließlich 2001 in eine Stiftung öffentlichen Rechts. Über seinen Versorgungsauftrag möglichst alle Bürger:innen im Land zu erreichen, sieht das ORF-Gesetz einen Bildungsauftrag vor. Stiftungsrat und Publikumsrat leiten bzw. kontrollieren den ORF auf Basis der Wahlergebnisse.

Mit Bildungsauftrag, Förderung lokaler Filmproduktionen und demokratischer Kontrolle müssen sich Privatsender, die seit 1993 das ORF-Monopol aushebelten, nicht auseinandersetzen. Dafür bekommen sie auch keine Finanzierung aus der Haushaltsabgabe.

## Satire vs. Comedy

So, genug Geschichte, drehen wir den Fernseher auf, bevorzugt satirisch-aufklärerische Formate der öffentlich-rechtlichen Sender in Deutschland und Österreich. Da wären zum Beispiel die „Heute-Show“, das „Magazin Royale“, „Die Anstalt“ (alle ZDF), oder „Extra 3“, das bayrische Magazin „quer“ (ARD) oder „Willkommen Österreich“ sowie „Gute Nacht“ Österreich“ (ORF).

Gäbe es die erwähnten öffentlich-rechtlichen<sup>32</sup> Sender nicht, was würde man stattdessen serviert bekommen? Comedy-Formate ohne Politik,

dafür mit Schenkelklopfern und Irrlichtern deren wissenschaftsfeindliches Gezeter sich mit dem Begriff Satire tarnt, wie dies „Der Wegscheider“ gerne tut. In der Auseinandersetzung zwischen ihm und der *Medienbehörde Komm Austria*, die ihm Verletzung des Objektivitätsgebots vorwirft, ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Man befindet sich in der zweiten Instanz.

## Was darf Qualität kosten?

Exkurs Satire: Sie versteht sich als Kritik von unten – gegen die Mächtigen, sie hat sich an starken Gegner:innen zu reiben und singt nicht das Lied von Milliarden, die zum Beispiel mit Zuckerslimonaden so viel Geld scheffeln, dass sie sich einen Sender leisten können. Sie tritt, wie dies zuweilen die Comedy tut, niemals nach unten. An der Freiheit der Satire kann man die Freiheit einer Gesellschaft ablesen, denn sie ist durch Meinungs- und Kunstfreiheit geschützt, weshalb sie letztlich provozieren muss. Sie bezieht Stellung für Toleranz, Weltoffenheit, Demokratie und hat sich nicht in der Vorhölle von Hetze und Faschismus aufzuhalten. Exkurs Ende.

Was mit diesen Zeilen augenscheinlich gemacht werden soll, ist die Qualität einer demokratischen Auseinandersetzung. Hier der öffentlich-rechtliche Freiheitsanspruch, basierend auf Gesetzen, die auf historische Lehren fußen, dort Mitarbeiter:innen deren Gedeih und Verderb an den Launen ihrer Brotherren hängen.

Noch eine Etage tiefer, wo sich die Parteisender wie AUF1 aufhalten, wird klar, warum aus diesen Ecken gegen öffentlich-rechtliche Strukturen geschossen wird in einer Art und Weise, die russischer Propagandasender gleicht und vom Qualitäts-

*Klaus Buttinger, Redakteur OÖNachrichten, Konzernbetriebsrat Wimmer Medien, Vorsitzender der ö. Journalistengewerkschaft in der GPA*

standard des Ehrenkodex‘ österreichischer Journalist:innen so weit entfernt ist wie Moskau von Brüssel. Die selbsternannten, „einigen Volksvertreter“ versuchen wie ihre Vorbilder aus Polen und Ungarn letztlich all jene Medien und Sendeflächen zu kapern, die noch unter demokratischer Kontrolle stehen und den jüngsten Wahlerfolg der Rechtsnationalen in Österreich von 29 % nicht gleich mit einer Mächtigen-Diktatur eines Vokaki verwechseln. 71 % haben ihn nicht gewählt. Das darf man im ORF sagen, muss es und tut es. Noch.

Anhand dieser Beispiele möge ersichtlich sein, dass das Vorhandensein öffentlich-rechtlicher Sender für Demokratien unerlässlich ist, sofern man keinen Rückschritt in der Teilhabe der Bürger:innen am öffentlichen Leben erreichen will. Unterstrichen wird diese Argumentation durch das Plebiszit der Schweizer für den Beibehalt der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Schweizer Rundfunks (SRF) aus den Haushalten (= Medienabgabe). Dort, in der am höchsten entwickelten Demokratie der Welt, debattiert man nicht mehr ob es den öffentlich-rechtlichen Rundfunk braucht, sondern nur darüber, was er kosten soll. Und das ist wiederum eine öffentliche Debatte, eine demokratische Auseinandersetzung.

## ORF-Feind des Print?

Auf dieses Qualitätsniveau der politischen Entscheidungsfindung müssen wir in Österreich erst noch kommen. Leider steht zu befürchten, dass dieser Weg steinig werden wird, wenn nicht gar für längere Zeit unbegebar.

Es möge zum Schluss noch aus dem „Österreich-Bild“ herausgezoomt werden. Das Geld, das Zeitungen und andere (Regional-)Medien in den vergangenen Jahrzehnten mit Werbung

Fortsetzung von Seite 4

verdienten, geht heute zum allergrößten Teil auf die Konten so genannter sozialer Medien (Google, Facebook, Instagram, X, TikTok, Snapchat usw.). Der ORF ist nicht der Feind der

Zeitungen. Es sind die undemokratischen Tech-Unternehmen, die mit personalisierter Werbung am Handy gutem lokalen Journalismus weltweit das Wasser abgraben. Dagegen gilt es sich zu wehren. Australien machte

einen Anfang, hier sollen solche Plattformen künftig für Nachrichten aus dem Land bezahlen. Austria sollte nachziehen – mitsamt der ganzen EU.

## Zur Geschichte der Kriegerdenkmäler – Erinnerungskultur von 1918 bis zur Gegenwart

Ein verklärender Blick auf die Kriegs- u. Nachkriegsgeneration, Gleichgültigkeit gegenüber NS-Opfern sowie die Vorstellung, dass es unter den „einfachen Soldaten“ keine Täter und in Österreich zwischen 1938 und 1945 keine Profiteure des Regimes gegeben hätte: Solche zu hinterfragenden Erzählungen und Geschichtsmythen spielen heute im Diskurs über Kriegerdenkmäler immer noch eine Rolle. Diese Brisanz macht eine Neubewertung von Erinnerungsstätten dringend erforderlich, erschwert dies gleichzeitig aber ungemein, da die Kriegerdenkmäler als Abbilder oben erwähnter Erzählungen, als oberflächliche Symptome nicht ausreichend reflektierter gesellschaftlicher Mentalitäten begriffen werden können. Sie verbergen nach wie vor viele Themen, von denen Teile der Gesellschaft aber annehmen, dass sie nach 80 Jahren abgehandelt sein müssten. So gesehen sind die Kriegerdenkmäler unpopuläre Denkmäler und vor allem für politische Entscheidungsträger:innen oder in Pfarren aktive Personen stellen Eingriffe in die bestehende Erinnerungskultur eine Herausforderung dar. Auseinandersetzung mit einem Denkmal heißt auch immer Auseinandersetzung mit der Geschichte der Gemeinde und in weiterer Folge mit persönlichen Familiengeschichten. Aufgrund von Bedenken, dadurch in der Bevölkerung Unruhe hervorzurufen, versanden viele Erinnerungs- u. Denkmalprojekte schon im Anfangsstadium.

Die gegenwärtigen Kriegerdenkmäler sind das materielle Produkt einer Erinnerungskultur, deren Ursprung im Versuch liegt, das Gewalterlebnis des Ersten Weltkrieges zu verarbeiten. Nach dem Krieg, der zwischen 1914 und 1918 Millionen von Toten – und noch mehr Verwundete – gefordert hatte,

kam es zur flächendeckenden Errichtung von Kriegerdenkmälern. Die Aufgabe dieser war, die Erinnerung an die Opfer in den jeweiligen Heimatorten hochzuhalten. Mit Denkmälern sind aber auch immer politische Botschaften verbunden. In der Zwischenkriegszeit bemühte man sich vielerorts, eine eher neutrale Gedenkkultur zu etablieren, um Abstand zur Kriegspropaganda der Vergangenheit zu schaffen. Aber das Sterben auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkrieges wurde auch nachträglich mit mythischen Erzählungen von Heldentod und Heldenruhm beschönigt. Daraus formten besonders die Nationalsozialisten schließlich einen bedeutenden Aspekt ihrer kriegsverherrlichenden Ideologie. Nach 1945 wurden in vielen Orten Österreichs die Kriegerdenkmäler im Zuge von Umgestaltungen um die Namen der Gefallenen des Zweiten Weltkrieges erweitert. Dies führte zur Ausbildung einer paradoxen Erinnerungskultur, die Österreichs Rolle im Dritten Reich zwar relativierte, gleichzeitig aber militaristische Ideale und NS-Gedankengut weitertradierte. Von 1918 über die NS-Zeit bis hin zur Nachkriegszeit sind viele Erinnerungszeichen im Kern ihrer Botschaften unverändert geblieben und vermitteln bis heute Narrative des sinnstiftenden Opfers und des unpolitischen Krieges. Jene Erinnerungsstätten, die sich in ihrer Gestaltung oder Wortwahl explizit auf die NS-Zeit beziehen, sind dabei aber eher in der Minderheit. Durch die fehlende Verbindung zwischen 2. Weltkrieg und NS-Ideologie provozieren aber die meisten Kriegerdenkmäler Fragen nach der NS-Vergangenheit – warum finden sich beispielsweise auf Gedenktafeln keine Namen regionaler Opfer von NS-Verbrechen?

*Nachbericht von Clemens Gruber, Historiker, zur Veranstaltung am 22.11.2024 im Bildungshaus Maximilianhaus*

Betrachtet man die Entwicklung der letzten Jahre, fällt positiv auf, dass trotz aller Schwierigkeiten eine Zunahme an Denkmal- u. Erinnerungsprojekten zu beobachten ist und offensichtlich immer mehr Menschen bereit sind, sich den damit verbundenen Herausforderungen zu stellen. Mit dem Fortschreiten der Zeit schwinden auch die Möglichkeiten zur persönlichen Auseinandersetzung mit den Ereignissen des 20. Jahrhunderts und die Erzählungen von Zeitzeug:innen stehen als wichtige und eindrucksvolle Quellen bald nicht mehr zur Verfügung. Dieser Historisierungsprozess kann jedoch auch als Chance gesehen werden: Durch eine größere emotionale Distanz eröffnen sich neue Perspektiven, die auch einen differenzierteren Umgang mit den Erinnerungszeichen und ihren Botschaften ermöglichen. Das Zeitalter der Weltkriege erscheint insbesondere für jüngere Generationen heute bereits als eine längst vergangene Epoche. Greifbar werden die Ereignisse, Schicksale und Geschichten erst mit der konkreten Auseinandersetzung wie beispielsweise beim Besuch von Orten wie Mauthausen, Gusen, Ebensee, Schloss Hartheim oder dem Holocaust-Mahnmal in Wien. In diesem Kontext könnten auch die Kriegerdenkmäler, die in praktisch jedem Ort vorhanden sind, neu definiert werden und unter der Voraussetzung einer entsprechenden Umgestaltung bzw. Aufbereitung als zeitgeschichtliche Vermittlungsorte dienen. Auf diese Weise wäre es möglich, beispielsweise lokale/regionale Ereignisse oder Biographien ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen und so auch für zukünftige Generationen einen persönlichen und konkreten Zugang zu den historischen Ereignissen des 20. Jahrhunderts zu bewahren.

# Auf dem Weg in die illiberale Demokratie?

**In Österreich wird derzeit ein neues Regierungsbündnis verhandelt. Wie könnte sich unsere liberale Demokratie unter einem FPÖ-Bundeskanzler verändern?**

Nachdem zuerst die NEOS, dann die ÖVP die Koalitionsverhandlungen mit der SPÖ verlassen haben, wird nun über ein Regierungsbündnis der FPÖ mit der Volkspartei unter Bundeskanzler Herbert Kickl verhandelt. Mit dem Beginn dieser Koalitionsverhandlungen nimmt die Gefährdung der bisherigen Form der Demokratie hierzulande zu, weil ein Transformationsprozess des politischen Systems von einer liberalen sozialen Demokratie zu einer illiberalen Demokratie führt.<sup>1</sup> Kennzeichen der illiberalen Demokratie sind – trotz der „freiheitlichen“ Semantik der Akteur:innen – die Einschränkungen von individuellen Freiheiten, vor allem von Minderheitenrechten. Liberale Demokratien unterscheiden sich von illiberalen dadurch, dass sie auf Pluralität und damit auf Kompromisse ausgerichtet sind. In illiberalen Systemen dagegen geht es oftmals um die Durchsetzung eines „wahren Volkswillens“, z.B. durch mehr direkte Demokratie. Da die Freiheit und Pluralität von Medien sowie der Wissenschaft diesem einen Volkswillen, nach illiberaler Meinung, häufig entgegenstehen, werden sie konsequent eingeschränkt. Im Zuge der Aushöhlung des Rechtsstaates wird auch ein massiver Rückbau des Wohlfahrtsstaats betrieben. Da soziale Sicherung eine wichtige Bedingung des Zugangs zu politischen Entscheidungsprozessen ist,<sup>2</sup> hat das negative Folgen für die Demokratie.

## Religion in ambivalenter Rolle

Wie ist Religion in diesem politischen Transformationsprozess zu verorten? Sie nimmt offensichtlich eine ambivalente Rolle ein: Zum einen kann sie zur Gefährdung der liberalen Demokratie beitragen, etwa in den vielfältigen Ausprägungen des (neu)rechten Christentums.<sup>3</sup> Zum anderen kann Religion auch die liberale Demokratie stützen bzw. sich gegen autoritäre Tendenzen

richten; ein aktuelles Beispiel ist die *Jüdische österreichische Hochschüler:innenschaft* (JöH) und ihre Proteste gegen die Beauftragung Kickls zur Regierungsbildung.

Inwiefern sich mit religiösen bzw. theologischen Argumenten einerseits autoritäre Positionen, andererseits Demokratiebefürwortung begründen lassen, kann am Beispiel des Katholizismus veranschaulicht werden. Dieser hat sich spät, nämlich erst auf dem Zweiten Vatikanum, zu einer an den liberalen Menschenrechten orientierten Demokratie bekannt. Die drei konventionellen Staatsformen – totalitäres System, autoritäres System und Demokratie – finden sich alle in der katholischen Tradition, wobei sich in diesem Spektrum eine gewisse katholische Besonderheit zeigt: die Idee des *autoritären Ständestaats* der 1930er Jahre. Dieses „katholische Modell“ autoritärer Politik verliert nach dem Nationalsozialismus zwar an Plausibilität und Legitimität, wird aber in Grundzügen noch eine Zeitlang aufrechterhalten. Erst mit dem Zweiten Vatikanum und in der Enzyklika *Pacem in terris* (1963) gilt die liberale Rechtsstaatlichkeit der katholischen Kirche nicht bloß als legitim, sondern als vorzugswürdig. Die Kirche tritt ab diesem Zeitpunkt als Anwältin der Menschenrechte auf und mit *Centesimus annus* (1991) schlägt sie einen demokratiebefürwortenden Kurs ein. In den beiden Jahrzehnten vor *Centesimus annus* kam es sogar zur sogenannten „katholischen dritten Welle der Demokratisierung“, d.h. eine große Zahl mehrheitlich katholischer Staaten, wie z.B. Spanien, wurden von autoritären politischen Systemen zu liberalen Demokratien transformiert.<sup>4</sup>

## Eintreten für Gerechtigkeit

Religionen, wie eben auch der Katholizismus, sind im Regelfall selbst – „ad intra“ – nicht demokratisch orga-

Ass.-Prof.<sup>in</sup> PD<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> theol. Katja Winkler, Institut für Christliche Sozialwissenschaften

nisiert; trotzdem können sie „ad extra“ Demokratie befürworten. Und sie können sich zudem in demokratische politische Gemeinwesen integrieren, indem sie auf die Beteiligung an politischer Gewalt verzichten, also vor allem darauf, ihren Wahrheitsanspruch mit den Mitteln politischer Herrschaft durchzusetzen.

Religionsgemeinschaften finden, wenn sie politischen Gewaltverzicht üben, in liberalen sozialen Demokratien ihren Ort in der Zivilgesellschaft. Dort gestalten sie als weltanschaulich gebundene Stimmen mit vielen anderen Gruppen die öffentliche Meinungsbildung mit und kooperieren mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, wie zum Beispiel die Katholische Aktion (KAÖ) und Diakonie als Mitglied des *Österreichischen Netzwerks Zivilgesellschaft* (<https://www.oenz.at/>). Religionen sind also keineswegs unpolitisch. Vielmehr ist das Eintreten für die je größere Gerechtigkeit Kern des Glaubens und eine damit verbundene politische Praxis für Glaubende gewissermaßen geboten.

## Positionierung der Caritas

Aktuell ist zu beobachten, dass sich angesichts der Gefährdung der liberalen Demokratie nicht wenige katholische Akteur:innen auf die demokratiebefürwortende Linie der eigenen, vor allem vom Zweiten Vatikanischen Konzil inspirierten, Tradition beziehen und sich für die Verteidigung der liberalen Demokratie einsetzen. Zentral dürfte sein, dass katholische Verbände und Vereine selbst demokratisch organisiert sind und sich hier Personen in ihrem politischen Engagement als selbstwirksam erfahren. Immer relevanter wird in der aktuellen Situation sicherlich die politische Positionierung der Caritas. Auch mit ihrem Eintreten gegen den Abbau des Sozialstaats tragen die Wohlfahrtsverbände zur Erhal-

tung der liberalen sozialen Demokratie bei. Nicht zuletzt käme auch der historisch im politischen Katholizismus verwurzelten Volkspartei eigentlich eine zentrale Rolle für die Sicherung der liberalen Demokratie zu. Ähnlich wie andere Parteien der christdemokratischen Tradition etwa in Italien oder Deutschland, hat auch die ÖVP unmittelbaren Anteil am Entstehen und an der Stabilisierung der Zweiten Republik – und zwar Jahrzehnte bevor die katholische Kirche sich zur Anerkennung des liberalen und demokratischen Verfassungsstaates durchringen konnte.

1 Dieser Prozess wird aktuell häufig unter dem Stichwort „Orbanisierung“ verhandelt, vgl. Ellen Bos/Walter Ötsch, *Orbanisierung in Österreich? Parallelen und Unterschiede*, in: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, 2024-3/4, 227-237.

2 Vgl. Lea Elsässer, *Wessen Stimme zählt?*, Frankfurt 2018.

3 Vgl. Sonja Strube, *Rechte Versuchung. Bekenntnisfall für das Christentum*, Freiburg 2024.

4 Vgl. zu diesem Abschnitt die Beiträge in: *Religion als Brandstifter – Religionen als Friedenstag*; *Ethik und Gesellschaft* 1/2023, <https://ethik-und-gesellschaft.de/ojs/index.php/eug/issue/view/113>

resse - interesse - interesse - interesse - interesse  
sse - interesse - interesse - interesse - int  
e - interesse - interesse  
e - int

## BÜCHER

Folgende Bücher sind im Fachbereich Gesellschaft und Soziales entlehnbar:

**W. Palaver: Für den Frieden kämpfen. In Zeiten des Krieges von Gandhi und Mandela lernen.** Tyrolia Verlag, Innsbruck 2024, 119 Seiten.

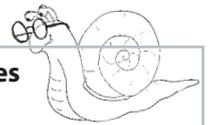
Für den Autor sind die beiden berühmten Kämpfer für Frieden – Mahatma Gandhi und Nelson Mandela – wichtige Vorbilder gerade in Zeiten

von Krieg und Terror. Sie könnten eine friedensethische Orientierung bieten. Sie propagieren keinen blinden Pazifismus, sondern handeln im Sinne der Gerechtigkeit. Kein Friede um jeden Preis, der absolute Pazifismus ist eine Sackgasse. Frieden kann nur durch Recht erreicht werden, z.B. durch die UNO oder die EU. Für Gandhi und Mandela besteht die vorrangige Option in der Gewaltfreiheit verbunden mit persönlicher Einsatzbereitschaft, um dem Unrecht entgegenzutreten. Die Überlegungen in diesem Buch bieten keine einfache und sofort umsetzbare Lösungen in Konfliktfällen, diese liegen nicht in unseren Händen, aber es bietet Gedanken für Schritte, die wir schon heute machen können, die zu einer gerechteren Welt führen können.

**E. Aubry/F. Tetart: Die Welt der Gegenwart. Ein geopolitischer Atlas.** C.H.Beck Verlag, München 2024, 223 Seiten.

Die beiden Autoren führen uns zu den aktuell wichtigsten Krisenherden der Welt. In profunden und gut lesbaren Artikeln und Analysen sowie in aufschlussreichen Grafiken zu den wichtigen geopolitischen Umwälzungen der Gegenwart wird informiert. Vom Europa in Zeiten der Krisen (Ukraine Krieg, Covid, Deutschland in der Zeitenwende, die Angst in Schweden und Polen vor einer russischen Aggression). Von den beiden Amerikas (Übergang von Biden an Trump, von Bolsonaro an Lula, Macht der Drogenkartelle in Mexiko, Maduros Ambitionen in Venezuela). Von Asien dem Epizentrum der Welt von Morgen (Chinas Machtstreben in alle Richtungen, Hongkongs Ende der Freiheit, Japan muss sich neu erfinden, Indien unter Modi). Die ganzen Problemfelder im Nahen Osten (Iran, Saudi-Arabien, Syrien, Türkei, Israel und Palästina). Und schließlich Afrika mit Algerien, Tunesien, Äthiopien, Mali. Darüber hinaus sind noch Abschnitte über Epidemien, moderne Verkehrsmittel, unser Leben auf dem Bildschirm und den Klimanotfall enthalten. Ein insgesamt umfassender Überblick über das Zeitgeschehen.

## Protest im Paradies



Zwischen den Jahren fanden wir endlich Zeit für Gespräche, die sich nicht bloß um Tennisarme und Gleitsichtbrillen drehen. Wir, das waren Menschen in der Mitte unserer Lebenserwartung (wenn's gut geht), in der Mitte der Gesellschaft, in der Mitte zwischen Job und Familie. Erste Verluste waren zu verkraften, erste Errungenschaften zu feiern. Es geht uns gut, sagten wir, im Vergleich. In Eritrea wäre ich eine gemachte Frau, witzelte ich, woraufhin wir fantasiierten, in welches Land wir auswandern könnten, damit die Pension reicht und uns die Rechtsnationalen in der Regierung nicht ängstigen. Bald ließen wir es wieder, da uns bewusst war, dass es anderswo kaum besser ist, in den meisten Fällen sogar viel schlechter. Wir leben im Paradies – und keiner in der Runde würde in einem Land glücklich werden, in dem Armut normal ist.

Wie ertragen das eigentlich die Superreichen? Wie fühlt sich die Möglichkeit an, mit dem eigenen Vermögen den Hunger aus der Welt zu schaffen? Wie schmerzbefreit muss man sein, um es nicht zu machen? Um stattdessen Demokratie, Umwelt und Medien noch weiter zu schädigen? Ich nenne keine Namen, die Billionäre dominieren ohnehin die Berichterstattung.

Am ersten Arbeitstag erledigte ich ein paar Überweisungen, das Übliche – die Dreikönigsaktion, Hemayat, Ute Bock... Ich kam mir nicht gut dabei vor, eher im Gegenteil, ein wenig mehr Großzügigkeit wäre schon gegangen. Dann öffnete ich das erste Dokument im Jahr 2025 und schrieb eine Kolumne, mit der ich mich selbst aus der Schockstarre holen wollte, in die mich die Vorstellung vom „Volkskanzler“ gestürzt hatte. Ich schrieb über meine Privilegien. Und über meine Verpflichtung, in diesem Jahr noch viel lauter zu protestieren. Trotz Tennisarm.

Ihre Weinbergschnecke

resse - interesse - interesse - interesse - interesse  
sse - interesse - interesse - interesse - in  
se - interesse - inter  
e - in

# TERMINE

## Sozial-Stammtisch mit dem

### Thema: Fürsorge ist auch Arbeitgeber:innen Pflicht

Do., 27. Februar 2025, 19:00 Uhr

Referent: Roland Spreitzer

Gesundheit bekommt für die Gesellschaft immer mehr Bedeutung, ob für einen Persönlich oder in der Arbeit. Staat, Wirtschaft und Arbeitgeber:in haben großes Interesse deine Arbeits- oder Kaufkraft so lange wie möglich am Leben zu erhalten. „Funktionieren“ steht im Vordergrund.

Arbeit strengt an und fordert heraus, ob psychisch oder physisch, das Arbeitsumfeld hat hier großen Einfluss auf uns als Menschen. Was heißt das genau? Wo funktioniert sie und wo nicht?

Ort: Cardijan Haus, Kapuzinerstr. 49, 4020 Linz, Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln: Bus Linie 27 ab „Hauptbahnhof“ bis zur Haltestelle „Salesianumweg“

### Warum kaufen wir, was wir nicht brauchen? Auf.Hören zu kaufen - ein Konsum-Check

Fr., 14. März 2025, 18:00 – 20:00 Uhr

Referentin: Mag.<sup>a</sup> Eva

Bauernfeind-Schimek

Auch wenn wir durch die Covid-Pandemie unser Kaufverhalten kurzfristig verändert haben – wir kaufen immer weiter, auch Dinge, die wir eigentlich nicht brauchen. Was treibt uns in unserem Konsum an? Wie verschaffen sich geschickte Marketingbotschaften bei uns – oft unbewusst – Gehör? Was verändert sich, wenn wir stattdessen auf unsere innere Vernunftstimme hören?

Ort: Bildungshaus Schloss Puchberg Puchberg 1, 4600 Wels,

Anmeldung: ☎ 07242 / 47537

M: puchberg@dioezese-linz.at

Die Veranstaltung ist Teil des aktuellen Themenschwerpunktes „Guten Morgen, Zukunft!“ des Erwachsenenbildungsforums OÖ.

## Linzer Friedensgespräche 2025:

### Besser statt mehr

### Wege in ein gutes Leben ohne

### Wachstumszwang

Fr., 28. März 2025, 14:00 – 19:00 Uhr

Referentin: Mag.<sup>a</sup> Katja Fischer

Wir leben in einer Zeit, die von ständigem Wachstum und dem Wunsch nach „mehr“ geprägt ist. Doch unendliches Wachstum stößt unweigerlich an die Grenzen knapper Ressourcen. Das Wachstumsparadigma führt dabei nicht selten zu Konflikten und Spannungen sowohl auf persönlicher als auch auf globaler Ebene. Ist ein Wirtschaften ohne Wachstum möglich? Brauchen wir nicht eine Abkehr von der Wachstumsabhängigkeit dafür aber neue Unternehmenskulturen und wachstumsneutrale Wohlfahrtssysteme? Ist es nicht besser Gesellschaft neu zu denken, die Prioritäten neu zu setzen und sich aufs Wesentliche zu konzentrieren: auf nachhaltigen Konsum, auf Zeit für die Dinge, die wirklich zählen, auf ein gesellschaftliches Miteinander, das allen ein gutes Leben ermöglicht? Lassen Sie uns darüber diskutieren, wie ein einfacheres Leben zu Frieden und einem guten Leben für alle führen kann.

Ort: Wissensturm, Kärntnerstraße 26, 4020 Linz

Anmeldung: unter [www.vhs.at](http://www.vhs.at) oder [katja.fischer@mag.linz.at](mailto:katja.fischer@mag.linz.at)

Eine gemeinsame Veranstaltung von: ARGE Linzer Friedensgespräche, VHS Linz, Friedensstadt Linz, Friedensakademie Linz, Volkshilfe OÖ, mehr demokratie!, Pax Christi, Katholische Aktion, Solidarwerkstatt, Südwind OÖ und mensch&arbeit.

Impressum: Inhaberin Diözese Linz (Alleininhaberin)  
Herausgeberin und Verlegerin: Mag.<sup>a</sup> Lucia Göbesberger, Fachbereich Gesellschaft und Soziales, Diözese Linz, Bereich 3 Soziales & Caritas, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, ☎ (0732) 76 10 – 32 51  
E-Mail: [gesellschaft\\_soziales@dioezese-linz.at](mailto:gesellschaft_soziales@dioezese-linz.at), [www.dioezese-linz.at/soziales](http://www.dioezese-linz.at/soziales)  
Hersteller: Druckerei Haider Manuel e.U., 4274 Schönau i.M., Niederndorf 15  
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz  
Österreichische Post AG - MZ02Z031665M – Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz  
Die Inhalte müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

## Gedenken zum 80. Todestag von

### Marcel Callo –

### Märtyrer der

### Arbeiter:innenjugend

### Ein Tag mit Marcel Callo

Sa., 22. März 2025

Haus der Erinnerung St. Georgen an der Gusen, Marcel-Callo-Str. 3, 4222 St. Georgen/Gusen

13:30 Uhr Auftakt bei Imbiss, Kaffee und Kuchen

14:30 – 17:30 Uhr Impulsveranstaltung zum Leben Marcel Callos  
Präsentation der Publikation „Marcel Callo – Christ und Märtyrer“

KZ-Gedenkstätte Mauthausen Erinnerungsstr. 1, 4310 Mauthausen

18:30 Uhr Gemeinsamer Weg vom ehem. „Sanitätslager“ zur Lagerkapelle – Treffpunkt: Parkplatz

KZ-Gedenkstätte Mauthausen

19:00 Uhr Gottesdienst mit Bischof Manfred Scheuer (Linz)

und Erzbischof Pierre d'Ornellas (Rennes)

Musikalische Gestaltung: Chor „Musica Viva“

Die *Anmeldung* ist aufgrund begrenzter Teilnehmer:innenzahl erforderlich unter: ☎ 0732 / 7610 3631

Weitere Veranstaltungen und Informationen zum Gedenken an Marcel Callo finden Sie unter: [www.mensch-arbeit.at](http://www.mensch-arbeit.at)



Katholische Kirche  
in Oberösterreich